



**TREFFEN DES NORDATLANTIKRATS AUF EBENE DER AUSSENMINISTER  
AM 19. AUGUST 2008 IN BRÜSSEL**

**ERKLÄRUNG**

Der Nordatlantikrat trat am 19. August zu einer Sondersitzung auf Außenministerebene zusammen; er brachte seine tiefe Sorge über die Lage in Georgien zum Ausdruck und erörterte deren allgemeine Auswirkungen auf die euro-atlantische Stabilität und Sicherheit. Eine friedliche und dauerhafte Lösung des Konflikts in Georgien muss auf der vollen Achtung der Grundsätze der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit Georgiens beruhen, wie sie durch das Völkerrecht und die Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen anerkannt sind. Wir bedauern alle Verluste an Menschenleben, die Opfer unter der Zivilbevölkerung und die Schäden, die durch den Konflikt an der Infrastruktur verursacht wurden. Wir unterstützen die humanitären Hilfsmaßnahmen. Wir sind mit dem amtierenden OSZE-Vorsitzenden, dem finnischen Außenminister Alexander Stubb, zusammengekommen, um die Schlüsselfragen zu erörtern, die seiner Meinung nach behandelt werden müssen.

Wir begrüßen die durch die diplomatischen Bemühungen der Europäischen Union, der OSZE und der Vereinigten Staaten zustande gekommene und von Georgien und Russland unterzeichnete Vereinbarung, die Feindseligkeiten zu beenden und eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen. Wir stehen voll und ganz hinter diesen Bemühungen. Wir betonen, wie dringlich eine rasche und vollständige Umsetzung dieser Vereinbarung in gutem Glauben ist; dies beinhaltet auch einen neuen internationalen Mechanismus zur Überwachung der Einhaltung dieser Verpflichtungen. Die Militäraktionen müssen definitiv aufhören, und die Streitkräfte müssen sich auf die Positionen zurückziehen, auf denen sie sich vor Ausbruch der Feindseligkeiten befanden. In einem wirklich internationalen Rahmen müssen Beratungen über die Modalitäten für Sicherheit und Stabilität in Abchasien und Südossetien aufgenommen werden. Die wirtschaftlichen Aktivitäten in Georgien, einschließlich des internationalen Luft- und Seetransports, dürfen nicht behindert werden.

Wir sind tief besorgt über die humanitäre Lage. Die Regierungen der Bündnispartner arbeiten miteinander und im Verbund mit internationalen Organisationen und anderen in der Völkergemeinschaft zusammen, um zu gewährleisten, dass die vom Konflikt betroffenen Zivilbevölkerungen die Hilfe erhalten, die sie benötigen, damit sie die unmittelbaren und künftigen humanitären Bedürfnisse befriedigen können. Wir rufen alle Parteien auf, im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht für alle betroffenen Bevölkerungen den Zugang zu internationalen humanitären Hilfsanstrengungen zu gewährleisten.

Wir sind heute auch übereingekommen, Georgien auf sein Ersuchen hin in bestimmten Bereichen zu unterstützen. Außerdem haben wir vereinbart, den Nordatlantikrat in Ständiger Sitzung zu beauftragen, mit Georgien rasch die Modalitäten für eine

NATO-Georgien-Kommission zu entwickeln. Diese Kommission wird den in Bukarest angestoßenen Prozess, einschließlich der auf dem heutigen Treffen vereinbarten Unterstützungsmaßnahmen, überwachen. Diese Maßnahmen sollen Georgien, einem geschätzten und langjährigen Partner der NATO, dabei helfen, den durch die Militäraktion verursachten Schaden zu bewerten, und dazu beitragen, die für das normale öffentliche Leben und die Wirtschaftstätigkeit notwendigen kritischen Versorgungseinrichtungen wiederherzustellen. Die Erholung, Sicherheit und Stabilität Georgiens sind für das Bündnis wichtig. Die NATO wird mit Georgien weiterhin im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden und des Individuellen Partnerschaftsaktionsplans zwischen Georgien und der NATO zusammenarbeiten sowie eventuelle weitere Hilfsersuchen Georgiens prüfen. Wir begrüßten ferner die Tatsache, dass mehrere unserer Regierungen zum Ausdruck brachten, dass sie Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Georgien aktiv unterstützen werden.

Der Konflikt zwischen Georgien und Russland hat die regionale Stabilität und Sicherheit gefährdet. Wir bedauern zutiefst den Einsatz von Gewalt im Konflikt zwischen Georgien und Russland. Wir bekräftigen, dass es für die ungelösten Konflikte keine militärische Lösung gibt. Wir erinnern alle Parteien daran, dass die friedliche Konfliktlösung ein Schlüsselprinzip des Rahmendokuments der Partnerschaft für den Frieden ist.

Wir sind unverändert besorgt über die russischen Aktionen während dieser Krise und erinnern Russland an seine Verantwortung, Sicherheit und Ordnung in den Gebieten aufrechtzuerhalten, in denen es die Kontrolle ausübt, insbesondere angesichts fortgesetzter Berichte über die bewusste Zerstörung der zivilen Infrastruktur durch Russland. Die russische Militäraktion war unverhältnismäßig und weder mit der friedenswahrenden Rolle des Landes noch mit den Grundsätzen der friedlichen Konfliktlösung vereinbar, wie sie in der Schlussakte von Helsinki, der NATO-Russland-Grundakte und der Erklärung von Rom niedergelegt sind. Wir rufen Russland auf, unverzüglich zu handeln, um seine Truppen aus den Gebieten zurückzuziehen, die es laut der von Präsident Sakaschwili und Präsident Medwedew unterzeichneten Sechspunktevereinbarung<sup>1</sup> verlassen soll. Das Bündnis prüft ernsthaft die Auswirkungen der Aktionen Russlands auf die Beziehungen zwischen der NATO und Russland. Im Jahr 2002 schufen wir den NATO-Russland-Rat, eine Rahmenstruktur für Beratungen mit Russland, auch über Fragen, in denen sich das Bündnis und Russland nicht einig sind. Wir haben entschieden, dass wir nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergehen können. Wir rufen Moskau auf, sowohl mit Worten als auch mit Taten sein fortdauerndes Bekenntnis zu den Prinzipien unter Beweis zu stellen, auf die wir unsere Beziehungen einvernehmlich gegründet haben.

Wir bekräftigten unser Bekenntnis zu den Beschlüssen, die die Staats- und Regierungschefs im April 2008 auf dem Gipfeltreffen in Bukarest gefasst haben, einschließlich derjenigen, die die euro-atlantischen Bestrebungen Georgiens betreffen, und wir werden unser intensives Engagement in Bezug auf Georgien fortsetzen, um im Dezember die Fragen im Zusammenhang mit dem georgischen Antrag auf Teilnahme am Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) zu behandeln, wobei die Entwicklungen bis zu diesem Zeitpunkt Berücksichtigung finden werden.

---

<sup>1</sup> Ergänzt durch das Schreiben von Präsident Sarkozy vom 16. August 2008 und spätere Korrespondenz in dieser Angelegenheit.